

INTERPELLATION von Qëndresa Sadriu (SP, Opfikon), Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) und Judith Anna Stofer (AL, Zürich)

betreffend Unterstützung der kulturellen Teilhabe von gefährdeten Publikumsgruppen in der Krise

Die Corona-Krise hat viele hart getroffen. Wichtige Gruppen von Kulturinteressierten gehören zu Risikogruppen. Viele werden, aufgrund des noch unbekanntes Verlaufs der Pandemie, kulturellen Anlässen noch länger fernbleiben.

Viele Kulturschaffende hat sie existenziell herausgefordert. Auch in der aktuellen Öffnungsphase bleibt die Lage schwierig und unsicher. Theater, Konzertsäle und Kinos mit engen Sitzverhältnissen, aber auch kleinere Museen bieten sich für eine rasche Öffnung nicht an. Noch ist vieles rund um das Verhalten des Corona-Virus unklar, insbesondere wissen wir nicht, wie gefährlich es für Zuschauerinnen und Zuschauer effektiv ist, sich in geschlossenen Innenräumen innerhalb einer Menschengruppe aufzuhalten.

Dies hat nicht unerhebliche Einbussen für die Einnahmen für Produzentinnen und Produzenten, Veranstalterinnen und Veranstalter und Künstlerinnen und Künstler zur Folge. Kinos und Konzertsäle beginnen aktuell mit ersten Planungsmassnahmen, um die Teilhabe auch für gefährdete Publikumsgruppen zu ermöglichen. Sie reichen von Streamings bis hin zu Auslagerungen der Vorstellungen und Veranstaltungen in den Aussenraum.

Aufgrund der obigen Ausführungen wird der Regierungsrat um Auskunft zu folgenden Fragen gebeten:

1. Welche Massnahmen plant der Regierungsrat, um die kulturelle Teilhabe für die gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen und sicherzustellen?
2. Welche Massnahmen ergreifen kulturelle Organisationen und Institutionen, welche von der öffentlichen Hand (mit-)finanziert werden, konkret, um die Teilhabe von gefährdeten Bevölkerungsgruppen sicherstellen zu können?
3. Wer ist verantwortlich für die Planung, Umsetzung und Kontrolle der Barrierefreiheit und die uneingeschränkte kulturelle Teilhabe gefährdeter Publikumsgruppen (zum Beispiel bei Theatervorstellungen, Filmpremieren, Kinovorführungen oder Museumsbesuchen)? Wie sind die Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen für diese Spezialmassnahmen geregelt, um die Teilhabe aller Personen sicherstellen?
4. Sind Massnahmen vorgesehen, spezifisch die Entwicklung «digitaler Vermittlungsformate bzw. Tools» zu unterstützen bzw. voranzutreiben im Sinne einer gemeinnützigen Infrastrukturförderung?
5. Ist im Rahmen der ordentlichen Subventionspolitik des Kantons eine finanzielle Unterstützung zukünftiger Initiativen, ausgehend von den Produzentinnen und Produzenten selbst, vorgesehen?

Qëndresa Sadriu
Karin Fehr Thoma
Judith Anna Stofer

P. Ackermann	I. Bartal	M. Bärtschiger	M. Berner
M. Bischoff	H. Brandenberger	J. Büsser	N. Bussmann Bolaños
K. Bütikofer	L. Columberg	A. Daurù	U. Dietschi
M. Dünki-Bättig	J. Erni	S. Feldmann	T. Forrer
D. Galeuchet	H. Göldi	E. Häusler	D. Heierli
F. Hoesch	L. Huonker	R. Joss	M. Kampus
A. Katumba	R. Lais	T. Marthaler	S. Marti
C. Marty Fässler	S. Matter	E. Meier	H. Pfalzgraf
J. Pokerschnig	S. Rigoni	B. Röögli	M. Sahli
T. Schweizer	N. Siegrist	M. Späth-Walter	R. Steiner
B. Tognella-Geertsen	B. Walder	W. Willi	N. Yuste